

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadipark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Veranlagungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Gemeinschaftsgeist

Tor du, der an sich nur denkst,
Im Genuß den Nächsten steinigt
Und den Schwachen wahllos peinigt
Gleich das Schicksal alle drängt!

Alle sind wir nur ein Leib,
Möglich ist nur eine Seele;
Liebe, Liebe ohne Fehle,
Daß der Leib am Leben bleib!

So hat es der Gott gewollt,
Der die Welt schuf und die Wesen;
Und er legt mit Eisenbesen
Den weg, der ihm töricht großt.

Georg Nowotnik

Hohe Unternehmergewinne

In der Zeit ungeheurer Not, die wir gegenwärtig durchleben und deren Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind, stößt sich das Rechtsgefühl mehr denn je an den überhöhen Unternehmergewinnen, die man tagtäglich bei den Abschlüssen vieler Aktiengesellschaften aller Geschäftszweige wahrnehmen kann. Während den Arbeitern erst nach hartnäckigen Verhandlungen ein die Lebensnotwendigkeiten kaum deckendes Einkommen zugestanden wird, erzielen die Unternehmer teilweise so hohe Ueberschüsse, daß selbst solche Kreise, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht vertraut sind, zu der Ueberszeugung kommen müssen, daß solche Wuchergewinne die allgemeine Not in hohem Grade verschärfen, einen Abbau der Teuerung verhindern und mit die Ursache von politischen Unruhen und Streiks bilden.

Freilich ist der Begriff der angemessenen Verzinsung von Industriewerten und Aktien jetzt ein anderer geworden. Galt vor dem Kriege eine Dividende von 6-8 Prozent als normal, so sind heutzutage die Verhältnisse anders zu beurteilen. Es gibt auch heute noch genug kleine, nicht mehr erwerbsfähige Rentner, die ihr ehelich erworbenes Vermögen in Aktien angelegt haben, und wir lassen ihnen mit Rücksicht auf die Entwertung des Geldes gern einen höheren Gewinn als in den Friedensjahren. Ferner darf natürlich den Kapitalistenreihen der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendige Anreiz zur Beteiligung an Industrieunternehmen nicht genommen werden. Auch sind wir uns darüber im Klaren, wie notwendig es zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Betriebe ist, für Neuherstellungen und für unvorhergesehene Fälle, z. B. Betriebsumstellungen und Wirtschaftskrisen, weit größere Rücklagen als in den ruhigen Jahren der Friedenszeit zu machen.

Eine große Anzahl solcher Betriebsüberschüsse kommt aus den reichen Erträgen der Ausfuhr. Unsere Industrie ist genötigt, wenn sich ihre Gesamtanlage bessern soll, und die Werke nicht stillstehen sollen, den Export besonders stark zu betreiben. Der Export gibt bei unserem niedrigen Salustande und den gegenüber dem Auslande verhältnismäßig immer noch niedrigen Löhnen außerordentlich große Gewinnmöglichkeiten. Da solche Saluta- und Zufallsgewinne indirekt aus der Not unseres Volkes stammen, ferner, da unsere im Verhältnis zum Auslande billigen Löhne durch künstliche Niedrighaltung der Preise für verschiedene Lebensnotwendigkeiten, z. B. Mieten, Frachten und Verbilligung der Lebensmittel durch das Reich, hervorgerufen werden, so sollten die großen Ausfuhrerträge in erster Linie dazu dienen, einen Ausgleich der Preise für den Inlandsbedarf zu schaffen, also einen Abbau der Teuerung herbeizuführen.

Eine andere Ursache, weshalb die Gewinne eine so bedenkliche Höhe erreichen, daß selbst einsichtige und anständig denkende Unternehmer sich schämen, sie einzustehen, liegt an dem Preisterror, den die Syndikate und Fabrikantenverbände auf den Groß- und Kleinhandel aus-

üben. Es zeigt sich also immer mehr die Notwendigkeit, daß, wenn einmal solche Preisfestsetzungen bestehen, diese paritätisch zusammengesetzt sein müssen, damit auch die Interessen der Verbraucher und der Allgemeinheit besser wahrgenommen werden können.

Ein weiterer Grund, weshalb die Aktiengesellschaften oftmals übermäßig hohe Dividenden ausschütten, sind die Rücksichten, welche die Gesellschaften auf Börse und Banken zu nehmen haben. Es handelt sich dabei um Angelegenheiten, die sich nicht in der breiten Öffentlichkeit abspielen, und es ist deshalb um so mehr notwendig, den Vorhang etwas zurückzuziehen. Um die oft künstlich hochgetriebenen Aktienkurse zu rechtfertigen und zu festigen, glaubt die Verwaltung, sehr oft gegen bessere Ueberszeugung, eine dem augenblicklichen Kurswert entsprechende Dividende verteilen zu müssen, natürlich eine ebenso kurzfristige wie gefährliche Politik. Die große Sorge um die Kapitalbeschaffung und deren Notwendigkeit — Kapitalserhöhungen größten Stils sind jetzt an der Tagesordnung — veranlassen die dem betreffenden Unternehmen nachstehenden Banken, auf die Hochhaltung der Dividende zu drängen. Die Banken haben zumeist auch noch einen mehr oder weniger großen Posten neuer Aktien oder Obligationen in ihrem Besitz und wollen sie natürlich baldigst vorteilhaft unterbringen, sie haben deshalb ein rein geschäftliches Interesse daran, daß die Dividenden ihrer Industrie-Aktiengesellschaften nicht herabgesetzt werden. Es ist gegenwärtig an der Tagesordnung, daß sogar junge Aktien an dem Gewinn beteiligt werden, ohne daß das neue Kapital schon mitbringend in dem Betriebe mitgearbeitet hat. Ja, gelegentlich wird die höchst gefährliche Politik getrieben, daß ein Teil des neu aufgenommenen Aktienkapitals erst dazu dient, die Auszahlung einer recht hohen Dividende zu ermöglichen. Wenn, wie es neuerdings sehr oft vorkommt, auf das „verdoppelte“ Aktienkapital eine wesentlich höhere Dividende als die vorhergehende ausgeschüttet wird, so empfiehlt es sich, das Finanzgebahren solcher freigiebigen Gesellschaften etwas näher zu betrachten.

Wir wollen aber nicht verkennen, daß bei vielen Unternehmen die Ursache dieses guten Rufens in einem trefflich organisierten Betriebe, in vorzüglichem Rohstoffbezug und in besonders guter Qualität der Leistungen zu suchen ist. — aber diese guten Erfolge sind nicht zuletzt wieder eine Folge der geschickten, fleißigen Tätigkeit der Arbeiter. Deshalb haben in erster Linie die Arbeitnehmer ein Recht darauf, aus einem guten Nutzen des Unternehmens einen angemessenen Anteil zu bekommen. Wir brauchen eigentlich nicht besonders darauf hinweisen, daß die Einzelkaufleute und offenen Handelsgesellschaften, deren Abschlüsse natürlich nicht an die Öffentlichkeit gelangen, im Durchschnitt keine geringeren Gewinne zu verzeichnen haben, als die mit einem teuren Verwaltungsapparat und höheren Löhnen arbeitenden Aktiengesellschaften. Im Nachstehenden möchten wir aus dem uns vorliegenden reichen Tatsachenmaterial nur einige Beispiele aufzählen.

Die Stolberger A.-G. für feuerfeste Produkte verteilt 40 Proz. und außerdem 160 Proz. Sondervergütung; sie erklärt, daß der hohe Ueberschuss hauptsächlich aus Salutagerinnen stammt. Die Portlandzement- und Wasserfallwerke Mark A.-G. in Neu-Beckum verteilt 5 Proz. Dividende und außerdem 10 Proz. Sondervergütung. Die Oberschlesischen Portlandzement- und Fallwerke in Groß-Strelitz 30 Proz., die Zementfabrik Giesel in Doppeln, ferner die Schlesische Portlandzementfabrik und die Portlandzementfabrik Alsen verteilen ebenfalls je 30 Proz. Dividende. Die Rheinische Spiegelglasfabrik verteilt 60 Proz., die Porzellanfabrik Rosenthal 50 Proz.

Während die Preise für Textil- und Bekleidungswaren eine solche Höhe erreicht haben, daß bei der gegenwärtigen Teuerung viele Menschen, die ihr Einkommen auf reelle Weise verdienen, nicht mehr in der

Lage sind, die notwendige Kleidung zu ergänzen, verteilen die Unternehmungen der Textil- und Bekleidungsbranche teilweise Wuchergewinne. Die Berlin-Gubener Hutfabrik A.-G. vorm. A. Cohn, verteilt 46 2/3 Proz. Für viele Aktionäre war diese Dividende noch viel zu klein, denn sie wünschten bei der Generalversammlung die Ausschüttung auch der vorjährigen und diesmaligen offenen Rücklagen in Form der Gratiereinzahlung auf die jungen Bezugsaktien. Die Gesellschaft hat bei einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark einen Reingewinn von 6 153 614 M., das sind also über 100 Proz. des Aktienkapitals erzielt. Da die Berlin-Gubener Hutfabrik eine monopolartige Stellung in dieser Branche einnimmt, so ist es kein Wunder, daß bei diesen hohen Verdiensten heute ein besserer Herrenhut im Einzelverkauf 200 M. kostet. Dieses Kapital ist zugleich auch ein Beweis für den Preisterror der Syndikate. Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G. in Elberfeld weisen einen Ueberschuss von über 71 Millionen Mark, gleich 240 Prozent des 30 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals aus. Damit der Gewinn nicht gar so hoch erscheint, hat man eine Erneuerungsrücklage von 30 Millionen Mark, gleich 100 Proz. des Aktienkapitals, abgezweigt. Die Gesellschaft hat es durch eine Menge Buchungen und Finanzoperationen erreicht, daß eine Dividende von nur 20 Proz. zum Vorschein kommt. Einen ganz erheblichen Teil, und zwar 20 Millionen Mark, hat sie dazu verwendet, den Aktionären neue Aktien in die Hand zu geben, auf die nur 25 Proz. eingezahlt zu werden brauchen, während 75 Proz. die Aktiengesellschaft aus den Ueberschüssen einzahlt. Die Gesellschaft klagt aber zugleich über Absatznot; bei diesen Wuchergewinnen ist es natürlich nicht verwunderlich, daß die Bevölkerung bei höchsten Preisen nicht mehr kaufen kann. Die Baumwollspinnerei Wittweida verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 25 Proz. und außerdem eine Sondervergütung von 50 Proz., zusammen also 75 Proz. Die Baumwollspinnerei Schedewitz verteilt 47 Proz., die Baumwollspinnerei Stöhr u. Co. in Leipzig 35 Proz., die Firma Bachmann u. Ladewig, Erbsentagenfabrik in Chemnitz, 40 Proz., die Mechanische Weberei in Linden 35 Proz., die Plawner Gardinenfabrik A.-G. 45 Proz., die Rauchwarenfabrik von Walther in Leipzig erzielt 60 Proz., die Nachener Lederfabrik 40 Proz. Dividende.

Auch Unternehmungen aus der Nahrungsmittel- und Genussmittelbranche haben recht gut verdient. Die Schokoladenfabrik Sarotti verteilt 40 Proz. Dividende, die Speisezuckerfabrik von Müller 30 Proz., die Dortmunder Unionsbrauerei 45 Proz. Auch in anderen Wirtschaftszweigen merkt man nichts von mitleidenden Unternehmern. Die Chemische Fabrik „Concordia“ verteilt 75 Proz., die Ammerdorfer Papierfabrik 60 Proz. (dabei klagt sie aber über Absatznot), die Baroper Walzwerke 50 Proz., die sächsische Gußstahlfabrik Döhlen 40 Proz., die Bamberger Fahrradwerke in Chemnitz und die Halleische Maschinenfabrik A.-G. je 35 Proz.

Es bedarf eigentlich keines besonderen Hinweises, daß die ausgeschütteten Dividenden oftmals nur einen Bruchteil des erzielten Gewinnes darstellen. Es ist üblich geworden, daß die Aktionäre außerdem oftmals besondere Zuwendungen in Form von Gratisaktien oder billigen Aktien bekommen.

Eine interessante Hausbesitztagung

Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Berrine e. V. hielt am 11. Dezember in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab, der in mancher Beziehung unsere Aufmerksamkeit verdient. Sehr eingehend beschäftigte sich die Tagung mit dem Mietenspiegel, zu dem eine ganze Reihe von Änderungsanträgen gestellt wurden. In der darauffolgenden Aussprache kamen dann allerhand interessante Dinge ans Tageslicht, die wir unseren Kollegen nicht verschweigen

zu dürfen glauben. Die „Allgemeine Haus- und Grundbesitzer-Zeitung“ berichtet darüber in ihrer Nr. 1 vom 1. Januar 1923:

„In der Erörterung nimmt zunächst Herr Syndikus Dr. Jörissen-Wall das Wort, und stellt fest, daß er, da von den Regierungen keine Vertreter anwesend sind und auch von den Abgeordneten nur einzelne Herren, sich mit seinen Ausführungen insbesonders an die abwesende Regierung wendet. Das Gesetz über Mietverträge kann nicht Annahme finden, bevor nicht die hier heute vorgetragenen Mindestforderungen erfüllt sind. Wir müssen die Regierung dafür verantwortlich machen, wenn anderenfalls die zur Verzweiflung getriebenen Hausbesitzer zu den äußersten Mitteln greifen und lieber ihr Haus in Flammen aufgehen lassen, als auf ihre Kosten Leute, die ihre Ersparnisse in Kinos und ähnlichen Genüssen anlegen, umsonst in ihren Wohnungen wohnen und willkürlich mit ihrem Eigentum schalten zu lassen, wenn durch solche Gesetze unser Rheintal unter die Feinherrschaft getrieben wird. Wenn sie die Zustände bei uns im Rheintal kennen würden, dann würden sie sich nicht hinstellen, solche Gesetze überhaupt zu erwägen. Die Sonderbündler scheuen sich nicht, in unsere Versammlungen zu kommen und dort die Parole „Los von Preußen“ auszugeben. Und aus unseren Mitgliederkreisen werden die Forderungen immer zahlreicher, daß wir uns an den Feindbund wenden möchten, um zu verhindern, daß solche Gesetze im Rheintal Geltung bekommen. Das beurteilen wir zwar auf das Schärfste, aber jemand, der an den Bettelstab gebracht ist, läßt sich nur schwer von einer solchen vaterländischen Pflicht überzeugen. Wir aber müssen allen Abgeordneten zurufen: „Wer nicht für diese Mindestforderungen kämpft, dem darf keine bürgerliche Stimme mehr zufließen. Sie sind die politischen Vorkämpfer. Sorgen Sie dafür, daß das Lawetter aus diesen Völkern nicht auf Sie selbst entladet, als Fluch des Volkes und des Vaterlandes.“

Man ist ja seitens robuster Hausbesitzerkreise, die es durchaus nicht verkneifen können, daß man auch ihnen einmal Opfer zugunsten der Allgemeinheit auferlegt, seit geraumer Zeit schon so allenthalben gewohnt; diese Ausführungen des Syndikus Dr. Jörissen sollte man sich aber doch merken, denn sie spiegeln leider die Auffassung eines immerhin beträchtlichen Teiles der deutschen Hausbesitzerkreise wieder. Wir machen durchaus kein Hehl daraus, daß wir das Gesetz der Hausbesitzer, deren in den Häusern stehende Goldwerte sich zu Papierwerten verflüchtigt haben, ebenso bedauern wie das andere Leute, die unverschuldet eine Vermögensminderung erlitten haben, z. B. der zahlreichen Besitzer von Kriegsanleihe, die teilweise einen Verlust von 98 Prozent dergehobenen Werten hinan aber eine Umänderung herbeiführen zu wollen, etwa in der Gestalt der Sicherungsführung der freien Wirtschaft, worauf man in diesen Kreisen heftigst hinaus will, würde unjüngliches Leid über die meisten Klassen des Volkes bringen und vor allem infolge der anstehenden Bodenbelastung eine dauernde schwere Schädigung für unsere ganze Wirtschaft bedeuten. Das sollte man sich nicht in diesen sonatistischen Hausbesitzerkreisen lassen, und weisagen, sein schon des Gesetz mit Würde

zu tragen, nicht aber mit lächerlichen Drohungen zu operieren gegen die Mieter, die wahrlich auch nicht auf Rosen gebettet sind und durchaus nicht pflegen, „ihre Ersparnisse in Kinos und ähnlichen Genüssen anzulegen“. Ja, wenn es sich um den Welsack handelt, dann geht nicht bloß das bürgerliche Gemeinwohl noch zum Teufel, sondern auch die so oft im Munde geführte Vaterlandsliebe! Es ist geradezu ein Skandal, daß sich dieser Kölner Syndikus herausnimmt, dieses laubesherrliche Treiben rheinischer Hausbesitzer sogar noch zu entschuldigen, um so die Regierung mit Hilfe verstedter Drohungen seinen Wünschen gefällig zu machen. Wir möchten diesem „politischen Vorkämpfer“ nur empfehlen, seine guten Ratsschlüsse lieber für sich zu behalten, und dafür zu sorgen, daß der „Fluch des Volkes und des Vaterlandes“ sich nicht über seinem Haupte entladet!

Sodann erhält das Wort der oberbayerische Schmiedemeister Jaud. Die „Hausbesitzer-Zeitung“ berichtet: „Reichstagsabgeordneter Jaud (Bayerische Volkspartei) betont, daß zwar aller Grund zur Beunruhigung für den Hausbesitz vorliege, daß es aber auf der anderen Seite auch nicht gerade nötig sei, die Dinge schwarzer anzusehen, als sie sind. Er geht auf die Beratungen in der Unterkommision ein, und lehnt seinerseits die dort hinzugezogenen „Sachverständigen“ ab. Gewerkschaftssekretäre und ähnliche Parteifunktionäre können keine Sachverständigen in Wohnungsfragen sein. Er empfiehlt aber, sich die Berichte dieser Kommission genau durchzusehen, um daraus die Leute kennen zu lernen, die unbeauftragt die Interessen des erwerbstätigen Volkes und auch des Hausbesitzes vertreten haben. Bei der Zusammenziehung der Unterkommision war es natürlich unmöglich, das Gesetz so zu gestalten, wie wir es gern gehabt hätten.“

— Dann wäre es wahrscheinlich auch fastig ausgefallen, wenn Herr Schmiedemeister Jaud als Beauftragter der „Interessen des erwerbstätigen Volkes“ hier frei hätte schalten und walten können. Die Dinge liegen nun halt mal so, Herr Jaud, daß wir, Ihnen allerdings politisch unumwunden erscheinende Kreise des „erwerbstätigen Volkes“ zu unseren Kollegen Wiedeborg, Schönkäs und Nicolaus Sommer, die hier als Sachverständige fungierten und zu deren Sachkenntnis größeres Vertrauen haben als zu der Ihrigen, die Sie nicht dadurch in ein besseres Licht setzen, daß auch Sie noch Del in das Feuer erhitzter Hausbesitzergewitter gießen!

Für uns aber ergibt sich aus all dem die Warnung, dieser Art von Hausbesitzern schon auf die Finger zu zeigen, und in der Verteidigung der Lebensinteressen weitester Volkskreise nicht zu erlahmen.

Allgemeines

Ein bolschewistisches Stimmungsstück gibt der Blatt der Deutschen in England „The Labourer“ (Nr. 261 vom 18. Nov.) mit einem Bericht über ein in Kewal anlässlich der Bolschewikrevolution veranstaltetes Kommunifest:

Am Abend des 7. November hatten sich im neuen Hause der Sozialdemokratie in der Langstraße (in Kewal) gegen 300 Personen versammelt, darunter außer den diplomatischen Vertretern Sowjetrußlands auch die deutschen Kommunisten. Das Fest eröffnete der Gewerkschaftssekretär Scherhorn mit einer kurzen Rede

grüßungsansprache. Dann hielt das Stieb der Gesandtschaft, Ortem, eine längere Rede, in der er die bürgerlichen Staaten beschuldigte, sie hätten die Entwicklung des kommunistischen Rußlands gestört. Unter dem Druck von außen und infolge der Blockade müsse Sowjetrußland jetzt zum kapitalistischen Regime zurückkehren.

Auch die Kommunisten selbst hätten Fehler begangen und ihnen drohe große Gefahr seitens der Bauern, welche die Kommunisten zu konfiszieren drohten. Nach dieser Rede wurde die Internationale gesungen. Dann wurde ein Sowjetfilm, „Der Hunger“, demonstriert. Hierauf sollte zu Tisch gegangen werden. Eine leppige Tafel erwartete die Gäste. — Ganz unerwartetweise ergriß aber der Sekretär des Revolver Zentralrats der Gewerkschaften, Jaakon, das Wort und protestierte in estnischer Sprache gegen die heiligen Sowjetvertreter, die sich damit brüsteten, daß sie die „Burdhais“ und Preßer gestürzt hätten, jetzt aber, wo sie brüderlich die Interessen des Volkes wahrnehmen müßten, benähmen sie sich ebenso, wie ihre Vorgänger. Die Arbeiter würden aufgefordert, ihre letzten Groschen für die Hungernden in Rußland zu opfern und täten dies auch, halb dazu gezwungen, aber jetzt werde hier an einer reichen Tafel gepirbt. Er forderte zum Wohl der Sowjets auf.

Viele der estnischen Gäste erhoben sich vom Tisch und traten beiseite, die Mitglieder der Gesandtschaft schlossen sich aber zusammen und setzten unter Lachen und Singen ihr Fest fort, ohne die Gäste weiter zu beachten. Unter den estnischen Genossen erhob sich eine heftige Diskussion. Der Abg. Wanja verjuchte ohne Erfolg den peinlichen Eindruck durch eine Rede zu verwischen. Das Essen dauerte fort.

Und die deutschen Kommunisten? — Opfern für die hungernden Brüder in Rußland einen ganzen Tagesarbeitsverdienst! Es erhebt sich angesichts dieser feststehenden Tatsachen die wohlbedachte Frage: Werden die von den deutschen Proletariaten mühsam zusammengeparten Groschen eventuell auch zu solchen luxuriösen Revolutionsfeiern herverwandt, wie der oben angeführten? Solchen „Nährern“, die angesichts der geradezu katastrophalen Hungersnot, in der sich Sowjetrußland befindet, ein derartiges bacchantisches, kapitalistisches Schlemmerleben führen, laufen deutsche Arbeiter nach! Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!

Durch Arbeit zum Glück, so lautet der Wadlspruch in der von Professor Sattler in München für die Deutsche Volksbank gezeichneten Geschäftsmarke.

Der Gedanke einer eigenen Bank hat bekanntlich auf dem Öffener Kongress feste Formen angenommen. Der Wunsch, die Sparfähigkeit selbst in die Hand zu nehmen, ist sehr viel älter. Die Zusammenfassung der schlummernden wirtschaftlichen Kräfte der Gewerkschaftsmittelbesitzer erweist sich als folgerichtig, als daß man sie den öffentlichen Sparkassen hätte allein überlassen können.

Der Auffassung der Gewerkschaftsidee, der Wunsch, die Ueberflüsse aus den Spargeldern, die ihre wirtschaftliche Kapitalmacht darstellen, nur den Sparern und ihren Kreisen, nicht anderen, zugute kommen zu lassen, die Veruntüchtungen, die der unglückliche Ausgang des Krieges auch in den Kreisen der Sparbuchbesitzer hervorrief, das alles zeitigte den Öffener Gedanke. Die Bank, die größtmögliche Sicherheit der Spargelder als ihren obersten Grundsatze bezeichnet, wird ohne Zweifel in nicht zu langer Zeit die ausschließliche Sparbank für diese Kreise werden, ähnlich wie das die Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung und die Deutsche Feuerversicherung für die Volks-, Lebens- und Feuerversicherung geworden sind.

Das großstädtische Siedlungswesen

(Fortsetzung.)

Wäre kein eine Reihe weiterer Gründe. Manche Städte waren durch die übermäßige Größe, besonders bezugslos, genötigt, den Zonenplan in erhöhtem Maße anzuwenden. Da man nicht in die Breite gehen konnte, mußte man die wachsende Bevölkerung durch den Hochbau unterbringen. Auch ist es nicht zu übersehen, daß die Entwicklung der Städte auf das empfindlichste einwirkte und oft lange Zeit das Fortschreiten der Städte nach einer bestimmten Richtung hinderte.

Wichtig ist die Entwicklung der durch direkte behördliche Maßnahmen gefördert worden. In Berlin war es bis vor dem Zusammenstoß der gerade in dieser kritischen Zeit aus wachsenden hochpolitischen Erwägungen heraus der Bau der Mietskasernen bevorzugt zu wählen glückte. Er sollte so die Wohnungen der Arbeiter und der besser gestellten Bevölkerungslagen möglichst nahe zusammenbringen, und verstand sich von der „Durchdringung“ der besten sozialen Erträge. — Eine nicht weniger wichtige Aufgabe für untergeordnete Kräfte war die Vervollständigung — das heißt die Mietskasernen nach den Absichten ihrer Urheber sein, und das ist im wesentlichen geschehen.

Wäre in dem System gerade durch die deutschen Städteordnungen begünstigt worden. In großen Teile Preußens und Sachsens herrschte in den Kommunen das Dreiklassenwahlrecht, mit der entsprechenden Voraussetzung, daß in jeder Klasse die Hälfte der wahlberechtigten Häuser für die Arbeiter

Es war in den letzten Jahren der Wohnungsnot, die doch ganz besonders Aufgabe der Gewerkschaft, die Entscheidung gerade in die Hände der Arbeiter gelegt, die an der Erhaltung von hohen Bodenpreisen

und Werten, also an der Erhaltung des Mietskasernenwesens unmittelbar interessiert waren kein Wunder, daß die Stadverwaltungen bei Reformversuchen den Verwaltungen hemmend in die Arme fielen!

Schlüssig ist die Frage der Mietskasernen auch in sehr hohem Umfange eine solche der Wohlfahrt: In England, wo ja das Eigen- oder doch wenigstens Kleinwohnungsrecht dominiert, geht der Arbeiterklasse der anderen Bevölkerungsschichten in dem Streben nach einem Eigenhaus mit gutem Recht voran. In England sind die Arbeiter der Bevölkerung: Arbeiter, Gewerkschafter, Arbeiter, die in einem Orte selbst und können sich deshalb dort ein eigenes Heim gründen. — Dagegen waren die in Deutschland für die Bildung der Städte in erster Linie maßgebenden Kräfte, wie die Arbeiter, Hausbesitzer, höhere Beamtenschaft, die einem höheren Sozialstand angehörten und deshalb von dem Streben nach einem eigenen Heim fast völlig abgetrennt. Dieses Beispiel der höheren Schichten hat die Richtung zum Eigenheim auch in den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung unterdrückt, und somit in gewisser Weise auch der Mietskasernen vorgebaut.

Dazu ist endlich es fürwahrnehmende Tatsache hinzuzunehmen, daß von sozialistischer Seite lange Zeit hindurch die Abkehr vom eigenen Heim gepredigt wurde. Die Gründe dafür lagen zum Teil in der doktrinarischen Abneigung des Sozialismus gegen den Privatbesitz überhaupt, zum Teil aber auch — viel eher berechtigt — in der Erkenntnis, daß der Arbeiter als Hausbesitzer beim Streik nicht so widerstandsfähig ist, als der von der soziale losgelöste, dessen wichtiges Gut die Fortbeweglichkeit bildet. — Auch das hat in gewisser Weise das Mietskasernenwesen unterstützt.

Es treten so eine ganze Reihe von Gründen hervor, die mit mehr oder weniger Gewicht diese Tendenz zur Mietskasernen befördert haben. Ausdrucksgebend, — daran muß man jedenfalls festhalten, ist vor allem

gewesen die mangelhafte Bodenverteilung, die durch Schaffung gleichmäßig breiter Straßen und tiefer Hausparzellen die Mietskasernen erst ermöglichte, und dann die aufkommende Bodenverteilung, die den städtischen Wohnboden so verteuerte, daß eben nur noch Mietskasernen darauf errichtet werden konnten.

Mit diesem Schlußsatz endet jedenfalls die Entwicklung des großstädtischen Siedlungswezens.

III. Die hieraus entstandenen Wohnverhältnisse

Wenden wir uns noch kurz der Betrachtung der Tatsachen zu, die infolge dieses Siedlungswezens bei uns entstanden sind.

Ein charakteristisches Bild geben einige Zahlen: Auf ein bebautes Grundstück entfallen in:

	1885	1895	1905
Berlin	67	73	77 Personen
Charlottenburg	—	49	65
Düsseldorf	15	15	17

In diesen wenigen Zahlen kann man so recht deutlich den Siegeszug der Mietskasernen verfolgen, der bei uns in Deutschland, im Auslande war es anders. Dort lauern die gleichen Zahlen für London 7, Brüssel 9, Lüttich 8, Gent 5 Personen!

In diesen Mietskasernen nun drängt sich eine Fülle von Personen in gänzlich unzureichenden Räumen zusammen: Die Normalwohnung der ostdeutschen Arbeiterfamilie ist ein heizbares Zimmer mit Küche! Im Jahre 1900 umfaßte diese Art in Berlin 42 Prozent aller Wohnungen! Fast alle diese Wohnungen liegen nach dem Maße zu eng eingebaut, ohne die Möglichkeit der Durchlüftung und ohne das zu einer selbständigen Wohnung notwendige Zubehör.

Und diese Entwicklung hat sich in den folgenden Jahren noch wesentlich verschärft.

(Fortsetzung folgt.)

Reichsvereinigung der Poliere und Schachtmeister

Mehr Grundsätze im Gewerkschaftsleben

Unbekannt ist ja, daß die Zeiten, in denen wir uns jetzt befinden, ernst und schwer sind. Wenn man sich nun mal für eine kurze Zeit abseits des wirtschaftlichen Gebiets stellt und die Menschheit in ihren Bestrebungen beobachtet, so darf man wohl feststellen, daß es solche gibt, die sich von bestimmten Lebensregeln leiten lassen, und andere, die durch die Wirrnisse der Zeit, teilweise auch von jeher, keine Grundsätze kannten.

Es soll nun heute nicht meine Aufgabe sein, im allgemeinen die Vor- und Nachteile zu untersuchen, sondern ich bin der Meinung, daß nicht nur jede Person, sondern auch jede Vereinigung ein Programm, eine Zielrichtung haben muß. Pflicht eines jeden einzelnen Mitgliedes irgend einer Korporation ist es, sich mit den Richtlinien vertraut zu machen und vor allem nach den wichtigsten stets und getreu zu handeln.

Wenn das nun im allgemeinen schon zutrifft, dann auch besonders bei den Gewerkschaften. Mitglied der Gewerkschaft ist man nicht, um nur Geselligkeit zu pflegen, sondern vor allem zur Vertretung seiner Lebensinteressen. Das ist aber in der heutigen Zeit nicht so leicht, wie noch manche Mitglieder sich vorstellen. Jeder, der die Gewerkschaftsbewegung mitgemacht hat, ist darüber im klaren, und weil nun die Arbeiterchaft, besonders die Bauarbeiter, jahrelang gekämpft haben, ist da wohl schon mehr Verständnis für die Notwendigkeit wie in den Angestelltenkreisen vorhanden. Teilweise ist das auch erleichtert durch die Stellung und durch die mehr oder weniger nahe persönliche Beziehung zum Arbeitgeber.

Der Angestellte — auch der Polier und Schachtmeister — soll der Vertreter des Arbeitgebers sein und hat sich auch meistens als solcher betrachtet. Da aber besonders während des Krieges gerade auf Kosten dieser Gruppen bedeutende Gewinne gemacht wurden, sah man allgemein ein, daß es so doch nicht weiter gehen könne, und der gewerkschaftliche Gehalt gewann immer mehr an Boden. Seither vermisst man in diesen Kreisen noch vielerorts dasjenige, was zu einer Gewerkschaft notwendig ist. Ich möchte hier die Gewerkschaft vergleichen mit einem Gebäude, das nur dann seinen Zweck erfüllt, wenn es den Bewohnern sicheren Schutz und Obdach gewährt. Das kann auch eine Gewerkschaft, wenn sie richtig aufgebaut ist und die Mitglieder sich an die notwendigen Grundsätze halten. Als einen der ersten möchte ich da nennen die Ueberzeugungstreue. Sie ist die Grundlage und Voraussetzung aller gewerkschaftlichen Erfolge. Sie erst verkettet den einzelnen innerlich mit seinem Verbande. Sie schafft ihm auch das Bewußtsein, daß man nicht im sogenannten Sui-generis gewerkschaftliche Anerkennung und Forderungen erreichen kann. Auch mancher Polier und Schachtmeister möge bedenken, daß es eines zähen ausdauernden Kampfes bedarf, um sich Anerkennung zu verschaffen. Man soll doch den Gegner nicht unterschätzen, und die Arbeitgeberverbände suchen gerade in Angestelltenkreisen die Organisation nicht als so dringend notwendig erscheinen zu lassen. Ueberzeugungstreue ist derjenige, der sich darüber klar ist, daß es ohne Gewerkschaft nicht geht, der zur Mitarbeit freudig bereit ist und auch andere Kollegen dazu anhält.

Eng damit verbunden ist der Opfermut. Bei der heutigen Notlage ist es gerade für Arbeiter und Angestellte nicht immer leicht, die wahre Opfergeimmung — namentlich bei der Leistung der Beiträge — zu zeigen. Wer aber schon länger die Gewerkschaftsbewegung kennt, weiß, daß diese Beiträge sich reichlich lohnen. Man höre doch nicht auf die Organisationsgegner oder andere, die so manches über diesen oder jenen Organisationsgestellten wissen, der seine Pflicht vernachlässigt. Wenn es hier und da mal zutrifft, wird dann auch recht bald Remedium geschafft werden, und an den Mitgliedsbeiträgen liegt es mit, hier die Bestgeeigneten herauszufinden. Zum Opfermut gehört auch der regelmäßige Versammlungsbefuch. Wenn auch hier und da Opfer gebracht werden müssen, ist es doch unbedingt notwendig, das Band der Mitglieder enger zu knüpfen und sich durch Vorträge und sonstige Kurse über manches Wissenswerte aufzuklären.

Als einen weiteren Grundsatz möchte ich die Solidarität nennen. Sie ist wohl mit dem Munde recht vielen geläufig, aber in der Tat hat sie wohl besonders in den letzten Jahren sehr nachgelassen. Notwendig ist es, daß unsere Schachtmeister und Poliere gerade diese Pflicht mehr wie bisher verwirklichen. Das eigene „Ich“ muß

da manchmal zum Wohle des Ganzen zurückgestellt werden! Man sehe doch mehr wie bisher in seinem Schicksalskollegen den Freund, den Arbeitsbruder, den man schützen und stützen muß.

Als letzte wichtige Stütze des Gewerkschaftsgebäudes möchte ich für heute noch die Disziplin erwähnen. Sie bedeutet das Opfer der persönlichen Ungebundenheit zum Wohle des Ganzen. Auch bei uns muß der Wille der Mehrheit oberstes Gesetz sein; die Geschlossenheit und Einheit kann nur gewahrt bleiben, wenn man sich willig unterordnet, und nicht durch Eigenbrötelei, man kann noch so sehr von seiner Meinung überzeugt sein, die Gesamtheit schädigt. Die Unterordnung des einzelnen unter den Gesamtwillen muß stets Richtschnur sein und bleiben!

Schon diese vier angeführten Grundsätze stützen das Gewerkschaftsgebäude und bilden die unerlässliche Voraussetzung des gewerkschaftlichen Erfolges. Es ist deshalb notwendig, daß unsere Poliere und Schachtmeister besonders darauf achten und auch danach handeln. Es gilt für eine Organisation wohl nach außen hin an Ausbeutung zu gewinnen, aber die Tiefe nach Innen darf nicht vernachlässigt werden. Jeder ist Sachmann genug, je größer der Aufbau, um so stärker müssen die Grundmauern sein.

Darum ergeht an alle Kollegen die Bitte, wahrt die echten gewerkschaftlichen Grundsätze und laßt euch nicht durch die Wirrnisse der Zeit beeinflussen! W.

Einigkeit macht stark

Der Bericht in Nr. 48 der „Baugewerkschaft“ aus K. H. (Ruhr) veranlaßt mich zu einer Meinungsäußerung. In dem Bericht wird klage geführt, daß ein Teil der Poliere und Schachtmeister, die ihrer Weltanschauung entsprechend zu uns gehörten, doch im Deutschen Polizeibund stecken, oder gar als Unorganisierte zur „Schieflingsgarde“ der Unternehmern gehörten. Mag das eine oder das andere zutreffen, beides kann und darf uns nicht entmutigen, auf dem einmal als richtig erkannten Wege uns als Männer unerschrocken zu betätigen. Jedes Mitglied der Reichsvereinigung muß aufklärend wirken sowohl zwischen den Jährling wie den Unorganisierten.

Die Kollegen vom Bunde behaupten bei ihrer Agitation, daß dadurch, daß wir so eng mit der Gesellen- und Arbeiterorganisation verbunden wären, das Ansehen und die Autorität des Poliers läse, die Trennungslinie zwischen Polier und Arbeiter durch uns zu sehr verwischt würde. Es mag sein, daß der eine oder andere Kollege durch uns aus seiner Erhabenheit und Unnahbarkeit herausgerissen und wieder mit beiden Füßen auf die Erde gestellt wird. Das betrachten wir durch aus nicht als Schaden für unseren Stand, auch nicht als Nachteil für diese Kollegen selbst; im Gegenteil, wir können nur gewinnen, wenn wir mit der übrigen Arbeitnehmererschaft des Gewerbes in möglichst enger Fühlung stehen. Dabei braucht die Autorität durchaus nicht untergraben zu werden; ich bin vielmehr der Auffassung, daß dem „Sich-berstehen-lassen“ des „Organisations-lernten“ vorausgehen muß.

Dann aber noch ein anderes. Glauben die Poliere und Schachtmeister etwa, daß sie bei einer ernsthaften Bewegung viel erreichen können, wenn die übrige Arbeitnehmererschaft über unsere Wünsche und Forderungen nicht im Bilde ist? Glaubt man weiter, daß die Arbeiterchaft unsere Bestrebungen blindlings unterstützt, wenn wir uns ihnen gegenüber als die Unnahbaren und über sie Erhabenen aufspielen? Nichts von alledem ist möglich. Ich sehe deshalb auf dem Standpunkt und spreche es frei aus: haben wir mit den Gesellen und Arbeiter enge Fühlung und gute Freundschaft, auf der wir uns nicht nur bei Lohnbewegungen, sondern auch in der Agitation gegenseitig unterstützen. Wenn wir gegenseitig den Druckbergern den Kampf ansagen, kann es für beide Teile der Erfolg gesichert!

Der Kollege Platte aus Barmen machte schon im Frühjahr 1913 längere Ausführungen über die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit den Gewerkschaften, da wir nur dadurch unsere Ziele erreichen können. Darin war schon damals dieser Anregung Folge geleistet und hätten unsere Reichsvereinigung gegründet, dann wären heute die Hindernisse der Bewegung längst überwunden; aber es ist auch heute noch Zeit zu spät. Sei uns in Erinnerung ist das Verhältnis zwischen Reichsvereinigung und der übrigen Organisationskreise ein gutes. Als wir uns vom Bunde trennten, sprich die Bundesorganisation, wir waren mit 18 Kollegen abgezwungen, die Angabe entsprach damals nicht den Tatsachen, aber damals predien wir heute nicht mehr; wir freuen uns nur, daß unsere Zahl bis heute auf 51 gestiegen ist. Das ist der beste Beweis dafür, daß durch Zusammenarbeiten Zweck erreicht werden kann. Franz Leopold.

Aus unserer Bewegung

Unsere Reichstagspetition betreffend „Eingliederung der Baupolier in die Reihe der Betriebsbeamten im Sinne des § 133a der G. O. und Einbeziehung in die Reichsangestelltenversicherung“ (bergl. „Baugewerkschaft“ Nr. 40) ist laut Mitteilung des Reichstagsbüros auf Beschluß des Reichstages in seiner Sitzung vom 18. Dezember 1931 der Reichsregierung „zur Berücksichtigung“ überwiesen worden. — Wir begrüßen diesen Beschluß und wollen hoffen, daß die Regierung ihn auch möglichst bald und vollständig berücksichtigen möge!

Quisburg. Am 3. Dezember fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die vom 1. Vorsitzenden eröffnet wurde. Nach Erledigung der Beitragszahlung und der geschäftlichen Angelegenheiten, wurde wieder ein Kollege aufgenommen, wodurch unsere Ortsgruppe jetzt auf 109 Mitglieder angewachsen ist. Darauf gab der Kollege Kerner einen ausführlichen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen und wies auf die Kämpfe hin, die die Bauarbeiterorganisationen im Laufe des Jahres geführt hatten, um nur das zu erreichen, was wir immer noch der Geldwertentwicklung entsprechend als zu wenig betrachten. Erhebliche Summen sind schon für Zeitschriften ausgegeben worden, wodurch es begreiflich sei, daß bei den Bauarbeitern etwas Verstimmung in bezug auf die Beitragszahlung gegen die Poliere aufgetrieben sei, die auf Kosten dieser Kämpfe auch ihre Löhne verbesserter, aber nicht entsprechend zu den Kosten beitrügen. Er wies darauf hin, daß es doch nötig sei, in Lohnfragen sich auf eine starke Organisation zu stützen. Als Beweis führte er die Verhältnisse im Tiefbauwesen für die Schachtmeister an und erinnerte an den neuen Offener Vertrag und die Entlohnung der Schachtmeister in manchen anderen Gebieten. Auch der Kofferbund habe eingesehen, daß durch gemeinsames Vorgehen doch die Interessen der Kollegen besser zu vertreten wären, das beweisen die letzten Lohnverhandlungen zur Genüge. Darauf wurde noch die Eingabe an den Reichsdeutschen Arbeiterbund zur anderweitigen Regelung der Polierlöhne erwähnt, wo auf persönliche Anfrage unseres Vertreters erklärt worden war, daß die Verhandlungen noch vor dem 18. d. M. stattfinden sollen. Kollege Kerner wies noch auf die starke Organisation der Unternehmern hin und rechnete vor, welche Mittel da aufgebracht werden, um den Apparat zu unterhalten.

Darum wurde zu den kommenden Wahlen zur Angestelltenversicherung Stellung genommen und nach einem Vortrage des Herrn Komtes beschlossen, eine gemeinsame Liste mit dem Werkmeisterbund und denen Lehrlingerverband aufzustellen. Es wurde bedauert, daß manche Kollegen die Bedeutung der Angestelltenversicherung nicht genügend erkannt hätten. Wir lehnen jeden Zweifel ab, betonen aber andererseits, daß der Polier und Schachtmeister das Ziel, unter dem § 133a der Gewerbeordnung zu kommen, nur erreichen wird, wenn viele Kollegen mehr wie bisher bestrebt sind. Mitglied der Angestelltenversicherung zu werden. Geradezu unverständlich ist es, daß die Angestellten der Handwerke, also auch die Mitglieder des Kofferbundes, die finanziell noch gut stehende Angestelltenversicherung lassen sollen und eine Versicherung mit der kühnsten Invidienversicherung eingehen. In dem von genannten Jährling Komtes die übermäßigen Vermögensverluste der Invidienversicherung nach. — Nicht einsehen wollen wir handeln, sondern dem Interesse der Allgemeinheit dienen, das war die Aufgabe der Versammlung, und das kann wohl geschehen, ohne die Gleichgültigkeit noch weiter zu fördern. Gegen 11 Uhr wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Disabrid. In der Reichsversammlung der „Polierzeitung“ wird ein Artikel gebracht: „Die Sorge für den Kopf gestellt.“ Der Ueberschreiber wird darin der Unnahbarkeit bezichtigt. Nach der Unterchrift zu urteilen, kann nur der Vorsitzende des Bundes der Vertreter dieses Artikels sein. Da dieser aber nicht selbst dort war, so kann wohl angenommen werden, daß er falsch unterrichtet ist. Nun ist es aber trotz mancher Erregungsbewegungen nach Meinung dieser Seite doch noch nicht so weit, daß man das Recht hat, über jemanden öffentlich in solcher Weise zu schreiben, ohne sich vorher von der Richtigkeit seiner Behauptungen überzeugt zu haben. Das scheint der liebe Herr S. S. noch nicht zu wissen, obwohl er nur doch schon bald drei Jahre Bundesvorsitzender ist. Der Grund ist aber der, daß es absolut klar wurde, daß er auch mal was von der Sache hört, und dann auch so etwas, was viele Mitglieder gern hören und leicht glauben. Seine kommenden Bundesstag auf der Vorsitzende doch eine Geldbestätigung entgegen zu haben. Nach seinen früheren Leistungen zu urteilen, muß ich sogar noch annehmen, daß auch diese Polier einen Helfer gehabt haben. Das Wort „Eigenbrötelei“ kennzeichnet den Sprecher zur Genüge, der erst dann am Hand-in-Hand arbeiten kann, wenn alle Poliere und Schachtmeister das sozialistisch-neutrale Mandatsverständnis des Artikel-schreibers anerkennen und jede andere Meinung unterdrückt wird. Wer würde demaligen Ausführungen nicht glauben, er würde sich in Disabrid. Dazu hätte er gewiß erkannt, daß diese Zeitungspolemik überflüssig ist, denn ein unriges Zusammenarbeiten wird dadurch gewisslich nicht gefördert. Meyer.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Breslau

Wichtig. In der Lohnverhandlung am 28. Dezember ist nach längerer Verhandlung folgende Einigung erzielt worden:

Es wird auf die gegenwärtigen Löhne für die Lohngebiete Breslau, Górlitz, Waldenburg, Silesberg, Weiskammer 2,75 % Zulage gezahlt.

Für die Lohngebiete Breslau-Land I, Bunzlau, Landeshut, Lauban, Oppeln, Schweidnitz, Reichenbach, Gahnau, Liegnitz, Neuzelle, Freiburg, Oels 2,60 % Zulage.

Für die übrigen kleineren Orte 2,25 % Zulage ist das Kilometergeld auf 30 Pf. erhöht. Die Auslösung um 30 Prozent. Die Werkzeugzulage für Zimmerer von fünf auf zehn Pfennige. Bauhilfsarbeiter erhalten von der Zulage zehn Prozent weniger.

Für das Lohngebiet Górlitz kommen ab 2. Januar folgende Löhne zur Auszahlung:

Table with columns: Lohngruppe (Maurer, Zimmerer, Kalk- und Ziegelträger, geübte Bauarbeiter, ungeübte Bauarbeiter), Lohnhöhe, Zulage, Gesamtlöhne.

Table with columns: Lohngruppe (Maurer, Zimmerer, Kalk- und Steinträger, geübte Bauarbeiter, ungeübte Bauarbeiter), Lohnhöhe, Zulage, Gesamtlöhne.

Die Auslösung wird im Lohngebiet Górlitz I und König. Weiskammer und Kuslau auf 11,70 %, im Lohngebiet Górlitz II auf 9,35 % erhöht.

Verbandsnachrichten

Verband (Dr. Venzheim). Am Sonntag, den 11. Dezember 1921 fand im lokale von Heinrich Sub die Generalversammlung der Bauhilfs-Gesellschaft statt...

Bezirk Bremen. Eine außerordentliche Konferenz der Verwaltungsratsmitglieder...

Am 14. Januar 1922 ist der dritte Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

In Tätigkeit treten. Daß unter Umständen dabei die Zahlung mit den Ortsgruppen verloren gehen kann, weil im Augenblick gehandelt werden muß, ist mir zu begreiflich. Ist auch die Preisentwicklung...

Bezüglich der Bildungsarbeit sollen auch in diesem Winter Kurse stattfinden. Je einer von zwei Tagen für Anfänger, für vorgebildete Kollegen ein Tag von vier Tagen. Ein letzter Verlauf zum Fortschritt der Bildungsmarken soll im Dezember erfolgen...

In der Aussprache über die innere Verwaltungsstellenfähigkeit wurde die regelmäßige Fortschrittsprüfung nach Aufbesserung der Löhne, Arbeitsmethoden der Ortsgruppen usw. hervorgehoben...

Kollege Otto verbreitete sich noch in sachlichen Anregungen über die Produktivgenossenschaften, und ersucht überall da den Anfang zu machen, wo die Voraussetzungen dazu gegeben seien.

Sodann hielt unser Bezirksleiter den Vortrag über: „Leitfaden und Arbeiterpolitik“. Er führte aus: Ueber den Maßnahmen unserer...

Son marxistischen Sozialismus aller Art ist diese nicht zu erörtern. Sein Ideal erfüllt ist in dieser Kürze schon als unheimlich. Er hat sich verändert, mehr noch den Richtpunkt...

verwandte Logik brechen. — Mögen namentlich die aufgebenden Gedanken des Vortrages eine nachhaltige Wirkung haben...

Oberhausen. (Hellerer.) Zur Unterstützung der bei der großen Explosion in Oppau Geschädigten haben alle bei der Firma Kempchen in Oberhausen (Mheinland) beschäftigten Arbeiter und Helfer zwei Ueberstunden...

Mitteilung

An die Besteller der Jahrbücher!

Auf die vielen Anfragen betreffs der Lieferung der Jahrbücher teilen wir mit, daß wir die Aufträge leider noch nicht erledigen konnten...

Weiter müssen wir mitteilen, daß diejenigen Bestellungen, die nach dem 16. Dezember eingegangen sind, nicht mehr berücksichtigt werden können...

Die Geschäftsleitung.

Sterbetafel.

- Am 2. Dezember 1921 starb unser langjähriges treues Mitglied Kollege Sebastian Volland in Folge Lungenleidens im Alter von 47 Jahren.
Am 14. Dezember 1921 starb infolge eines Unfalls infolge eines Unfalls Kollege Anton Cosel aus Bismarckhütte im Alter von 43 Jahren.
Am 17. Dezember 1921 starb unser lieber Kollege, der Maurer Franz Dieblich an Gehirnschlag im Alter von 68 Jahren.
Am 20. Dezember 1921 starb unser lieber Kollege, der Maurerpoller Heinrich Rehnhaus nach kurzer Krankheit.
Am 24. Dezember 1921 starb unser langjähriger Kollege Johann Rejmann in Folge Unterleibschwindsucht.
Am 3. Januar 1922 starb infolge Lungenleidens unser lieber und treuer Kollege, der Hilfsarbeiter Karl Debers im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

20 tüchtige, solide Maurer

für dauernd auf sofort gesucht. Gute Unterkunft mit Kochgelegenheit vorhanden.

Bolmerg & Ewidersti, Baugeschäft in Herbst-Dorsten a. L., Westf.

Advertisement for Sparbank featuring a circular logo with 'Sparbank' and 'Die Sparbank ist' text. Below the logo is the text 'unserere Sparbank.' and 'Sordert Postsparkzahlkarten bei den Vertrauensleuten oder der Hauptgeschäftsstelle in Essen, Schützenbahn 2A.'